

Im Einsatz für das Gemeinwohl

Das ehrenamtliche Engagement in politischen Ämtern gehört zur DNA der Schweiz. Doch **das Milizsystem bröckelt**. In vielen Dörfern lässt sich der Gemeinderat nur noch dank Amtszwang voll besetzen. Andererseits gibt es doch noch Junge, denen der Dienst an der Allgemeinheit wichtig ist.

Texte: Ralf Kaminski Bild: Ephraim Bieri

Der Gemeinderat von Simplon VS tagt in altehrwürdigen Mauern aus dem 17. Jahrhundert, gleich neben dem Dorfmuseum. Etwa alle zwei Wochen treffen sich die fünf Herren im Sitzungsraum mit der niedrigen Decke und viel Holz, um über Bauprojekte, Budgetfragen und andere Dinge zu entscheiden, die für das Dorf mit den 305 Einwohnern wichtig sind. Doch keiner der fünf sitzt hier, weil er kandidiert hat und gewählt werden wollte. Im Gegenteil: Sie sitzen hier, weil im Kanton Wallis Amtszwang gilt und «weil es halt irgendjemand tun muss».

Amtszwang heisst: Auch wer nicht kandidiert hat, muss antreten, wenn er gewählt wird, «ausser es liegen wirklich festgestellte berechnete Gründe für eine Ausnahme vor», wie es in Artikel 174 des Gesetzes über die politischen Rechte des Kantons Wallis heisst. Als Simplon 2017 den Gemeinderat neu bestellen musste, kandidierte niemand. «Aber wir haben ein aktives Vereinsleben», erklärt Gemeinderatspräsident Sebastian Arnold (33), von Beruf Geometer und Raumplaner. «Dort wird beim Feierabendbier rege diskutiert, wem man diese Aufgabe zutrauen würde – und wer dann nicht sofort unmissverständlich Nein sagt, ist Kandidat.»

So kursierten im Vorfeld der Wahl bereits einige Namen, die sich später zahlreich auch auf den Wahlzetteln wiederfanden. «Die meisten von uns

haben es also kommen sehen und konnten sich schon ein wenig darauf einstellen», sagt Arnold. «Und alle anderen sind froh, dass sie es nicht machen müssen.» Halbwegs freiwillig ist eigentlich nur Bauführer Bruno Zenklusen (41) im Amt, der schon in der vorherigen Legislaturperiode Teil des Gremiums war und sich überreden liess zu bleiben, um die Kontinuität im Rat zu gewährleisten.

Man macht das Beste draus

Da es im Dorf keine Parteien gibt, die politische Ideen durchsetzen wollen, laufen die Wahlen schon seit Längerem auf diese Weise ab. «Man findet sich damit ab und macht das Beste draus», sagt Elektroingenieur Thomas Zenklusen (48). «Es ist quasi Bürgerpflicht. Aber es schmeichelt auch ein bisschen, dass die Leute im Dorf einen als fähig erachten, so ein Amt auszuüben. Diese Wertschätzung löst schon auch Freude aus.» Damit verbunden sind allerdings viel Verantwortung und ein zusätzliches Arbeitspensum von 20 bis 30 Prozent im Jahr, das irgendwie mit dem Erwerbs-, Familien- und Sozialleben in Einklang gebracht werden muss.

Wer Präsident und Vize wird, entscheidet das Fünfergremium unter sich – diese Positionen sind besonders zeitintensiv, weil sie mit mehr repräsentativen Aufgaben verbunden sind. «Es gibt Wochen, wo an jedem Abend etwas los ist, und andere, in denen man fast nichts zu tun hat», sagt



Sie stehen unter Amtszwang und sind trotzdem fröhlich: Marcel Arnold, Bruno und Thomas Zenklusen sowie Marco Gerold und Sebastian Arnold (von links).

«Es braucht Herzblut und eine grosse Verbundenheit mit der Wohngemeinde.»

Sebastian Arnold,
Gemeinderatspräsident
Simplon VS, steht
unter Amtszwang.

Vizepräsident Marco Gerold (35). «Ich habe das Glück, dass ich mir als Leiter des Forstbetriebs meine Zeit selbst einteilen kann und eh immer hier in der Gegend bin.»

Am meisten leiden Freizeit und Hobbys unter dem zusätzlichen Engagement. «Die Familie bekommt es natürlich auch zu spüren», sagt der pensionierte Landwirt Marcel Arnold (62), der übrigens nicht mit dem Gemeinderatspräsidenten verwandt ist. «Man muss dann halt abends an eine Veranstaltung, statt Zeit für Frau oder Enkel zu haben.» Oder verbringt ein Wochenende mit Aktenstudium, egal, wie schön das Wetter ist. Vergütet wird der Einsatz mit einer Jahrespauschale und Spesen – insgesamt ein Betrag im niedrigen fünfstelligen Bereich.

Immerhin empfinden die Männer ihre Arbeit oftmals als interessant. «Man bekommt Einblick in ganz neue Themen», sagt Thomas Zenklusen. Namensvetter Bruno Zenklusen (auch die beiden sind nicht miteinander verwandt) findet, er habe im Amt einiges gelernt, was ihm beruflich nütze. «Es ist im Grund wie eine sehr breite Weiterbildung – eine Lebenserfahrung, aber eine, die viel Zeit frisst.»

Die Hälfte der Gemeinden hat Mühe

Den Amtszwang kennen acht Kantone, teils nur auf Gemeindeebene, teils auch auf kantonaler. Neben dem Wallis sind es Appenzell Innerrhodens, Bern, Luzern, Nidwalden, Solothurn, Uri und Zürich, wobei überall unter-

schiedliche Ausnahmeregelungen gelten. Und Studien zeigen, dass bereits die Hälfte aller Gemeinden Mühe hat, genügend Leute zu finden, die sich für politische Ämter zur Verfügung stellen. «Zudem häufen sich unstrittige Wahlen», sagt der Politikwissenschaftler Markus Freitag (50), der eine eigene Studie zum Milizsystem veröffentlicht hat. «Das heisst, es gibt oft genauso viele Bewerber wie zu vergebende Ämter.»

Freitag verweist auf einen grösseren Trend in der Gesellschaft: «Der freiwillige Dienst an der Gemeinschaft rangiert weit hinter der Selbstverwirklichung, dem beruflichen Vorwärtsstrampeln und dem Freizeitvergnügen.» (siehe Interview Seite 22)

Kein Wunder geht es mancherorts nicht ohne Amtszwang – auch in Volken nicht, der kleinsten Gemeinde im Kanton Zürich mit 362 Einwohnern. Die selbständige Naturheilpraktikerin Ursula Ganz (41) ist eine von zwei im fünfköpfigen Rat, die 2018 unfreiwillig gewählt wurden. «Am Sonntagvormittag rief der Gemeinderatspräsident an und sagte es mir.» 26 Stimmen hatten zur Wahl gereicht. Von wem die kamen, weiss sie nicht.

«Es sind im Vorfeld viele Personen angefragt worden, auch ich. Und ich hätte mir schon vorstellen können, auch mal offiziell zu kandidieren, aber nicht zu diesem Zeitpunkt.» Andere, die nicht gewählt werden wollten, verteilten Zettel, auf denen sie ihre Gründe erklärten – ein Antiwahl-

kampf quasi. «Das habe ich nicht gemacht, vielleicht hats mich deshalb erwischt.»

Ganz ist alleinerziehende Mutter zweier Kinder im Alter von 10 und 14, eins davon ist mehrfach behindert, was erhöhten Betreuungsaufwand bedeutet. Die Lösung war dann ein Zuständigkeitsbereich, bei dem sie nicht so viele auswärtige und abendliche Termine wahrnehmen muss: Landwirtschaft, Forst, Umwelt und Gesundheit.

Aber arbeitet man unter Amtszwang genauso motiviert wie ohne? «Ich nehme keinen Unterschied wahr zwischen uns beiden und den dreien, die gewählt werden wollten», sagt Ursula Ganz. Auch die fünf Walliser betrachten sich als motiviert. Sie tun, was getan werden muss, setzen aber auch eigene Ideen um. So gibt es seit diesem Sommer ein Elektroauto, das jeder im Dorf günstig online für einen Tag reservieren kann.

Es gibt noch Junge, die sich engagieren

Die nächsten Wahlen in Simplon stehen im Dezember 2020 an, bis Ende des Jahres wollen sich die fünf Gemeinderäte entscheiden, ob sie aufhören oder noch eine Periode anhängen. Ursula Ganz schliesst derweil nicht aus, für die nächste Legislatur freiwillig nochmals anzutreten. «Das Amt ist interessant und eigentlich eine gute Erfahrung. Ich lerne viel und würde es jedem empfehlen, so etwas einmal zu machen.»



«Es ist befriedigend, etwas für die Menschen zu bewegen.»

Andreas Leupi,
Gemeinderat Oberengstringen ZH,
engagiert sich freiwillig.

Das Milizsystem hat es auch deshalb schwer, weil weniger Junge bereit sind, sich auf diese Weise zu engagieren. Dennoch gibt es sie noch, zum Beispiel Andreas Leupi, 22 Jahre alt, Systemtechniker bei einer grossen Zürcher IT-Firma und seit Sommer 2018 für die SVP im Gemeinderat von Oberengstringen ZH, als Sicherheitsvorsteher. «Ich bin da so reingerutscht», erklärt er. «Über unser Schultheater lernte ich einen Nationalrat kennen, der mich mit 16 an die nationale Jugendsession vermittelte. Das machte mir Spass, und schon bald trat ich in die SVP ein.» Seit 2017 ist Leupi auch Präsident der SVP Oberengstringen und in weiteren Parteilisten engagiert.

Sein Einsatz hat mehrere Gründe: «Selbstverwirklichung, Spass, aber auch die Befriedigung, in meiner Heimatgemeinde etwas für die Menschen bewegen zu können.» Zudem sei es auch für die Zukunft nicht gerade schädlich. «Ich könnte mir gut vorstellen, in vier Jahren bei den Wahlen für den Zürcher Kantonsrat anzutreten.»

Leupis Eindruck ist, dass es schon junge Leute gibt, die beeindruckt sind, sich zu engagieren. «Aber unter meinen Freunden machen dies nur wenige.» Auch Isabel Burkard sieht sich in ihrem Freundeskreis als «Exotin». Die 22-jährige Buchhalterin ist seit Ende 2017 Gemeinderätin in Mühldau AG, zuständig für Bildung, Vereine und Kultur. «Meine Mutter

«Das Amt ist interessant. Ich lerne viel und würde jedem empfehlen, so was mal zu tun.»

Ursula Ganz,
Gemeinderätin Volken ZH,
steht unter Amtszwang.

hatte mich darauf aufmerksam gemacht, dass die Gemeinde drei Gemeinderäte sucht, ich hatte das gar nicht mitbekommen.» Sie interessiert sich dafür. «Auch weil ich seit meiner Geburt im Dorf lebe, viele Leute kenne und den Gedanken schön fand, selbst mithelfen und vielleicht etwas zurückgeben zu können.»

Gezielter informieren und rekrutieren

Für die Wahl trat Burkard zwar der CVP bei, sieht das Amt aber nicht als Sprungbrett für eine politische Karriere. Die Arbeit macht ihr nicht nur meistens Spass, sie erlebt sie auch als persönliche Bereicherung: «Es ist eine Schule fürs Leben. Ich muss vor Leuten hinstehen, Haltungen des Gemeinderats vertreten und kritische Fragen beantworten.» Dabei habe sie früher nie gerne Vorträge gehalten. «Durch das Amt gewinne ich nun auch an Selbstbewusstsein.»

Was bräuchte es, damit sich wieder mehr Leute für solche Ämter finden? «Man müsste sich mehr bemühen, unser System der jüngeren Generation näherzubringen», sagt Isabel Burkard. «Dann würden sich vielleicht mehr interessieren.» Auch Andreas Leupi hält eine bessere Rekrutierung für entscheidend: «Gerade bei Jungparteien geht es nicht nur um Politik, sondern man verbringt Zeit mit Gleichgesinnten, hat Spass, erweitert seinen Freundeskreis. Das müsste man stärker betonen.» Mit mehr Geld hingegen lasse sich das Problem nicht lösen. Das sieht auch der Gemeinderatspräsident von Simplon so. «Klar könnte man das Amt mit 100 000 Franken vergüten, aber das Risiko ist hoch, dass sich jemand meldet, der es primär wegen des Salärs und nicht zum Wohl des Dorfs macht. Es braucht schon Herzblut», sagt Sebastian Arnold, «zudem Heimatliebe und eine tiefe Verbundenheit mit der Wohngemeinde.»

Etwas mehr als ein symbolischer Lohn dürfte es schon sein, findet hingegen Ursula Ganz. Den Hauptgrund für die Schwierigkeiten sieht sie aber woanders: «Früher hatte man als Gemeinderat einen Prestigeposten, heute ist man Prügelnabe und kriegt von allen auf den Deckel. In Volken hält sich das zum Glück noch in Grenzen.» **MM**

➔ **Pilotprojekt:** Für den Test eines neuen Recycling-systems setzt die Stadt Bern auf eine Spielart des Miliz-systems und holt die Bevölkerung ins Boot. **Seite 24**



«Durch das Amt gewinne ich auch an Selbstbewusstsein.»

Isabel Burkard,
Gemeinderätin Mühldau AG,
engagiert sich freiwillig.

«Man müsste mehr in die politische Bildung investieren»

Politologe Markus Freitag sorgt sich wegen der Erosion des Milizsystems und hat Vorschläge, wie man Gegensteuer geben könnte.

Weshalb ist das Milizsystem für die Schweiz so wichtig?

Es ist ein zentraler Bestandteil der Schweizer Beteiligungs-demokratie – neben der direkten Demokratie, dem Föderalismus und der Konkordanz. Alle vier leben vom Mitmachen und tragen stark zum hohen Vertrauen in die Politik bei. Ohne das Milizsystem könnte die Beziehung zwischen Regierenden

und Volk Schaden nehmen. Die Bevölkerung könnte die Politik mit der Zeit als abgehobener empfinden, da weniger Alltagserfahrungen einfließen.

Die Bereitschaft, sich in öffentlichen Ämtern zu engagieren, nimmt seit Jahren ab. Auch weil man sich heute rasch harscher Kritik aussetzt, wenn man sich exponiert? Dieser Grund wird in unserer Befragung durchaus genannt.

Man steht heute schneller am Pranger, die Anspruchshaltung ist höher. Aber das ist nur ein Aspekt. Viele, insbesondere Frauen, glauben auch, ihnen fehle das fachliche Wissen für diese Tätigkeit. Die Hauptursache dürfte jedoch die Individualisierung sein. So ein Amt ist eine längerfristige Verpflichtung, für die man regelmässig viel Zeit einsetzen muss – das passt nicht zu den allgegenwärtigen Wünschen nach Flexibilisierung und Ungebundenheit.

Gibt es Gemeinsamkeiten zwischen den Gemeinden, die Probleme haben?

Es scheint, dass die Art des Führungsmodells eine Rolle spielt. Zudem vermute ich, dass eine Gemeinde mit einem aktiven Vereinsleben und aktiven Lokalparteien weniger Probleme hat, Ämter zu besetzen. Und Orte, die weniger

nahe an Städten mit ihren vielen Zerstreuungsoptionen liegen, haben es möglicherweise auch leichter.

In acht Kantonen gibt es den Amtszwang. Werden solche Orte gut regiert, oder herrscht «Dienst nach Vorschrift»?

Belegt ist es nicht, aber es scheint naheliegend, dass die Regierungsqualität im Vergleich zu einer freiwilligen Amtsausübung eine andere ist. Allerdings hat der Amtszwang auch eine indirekte Wirkung: Im Wissen um die mögliche Verpflichtung finden sich meist doch noch Freiwillige.

Dann ist der Amtszwang also durchaus eine Lösung.

Ja, wenn es gar nicht anders geht. Aber es gibt auch die Idee eines allgemeinen Bürgerdienstes, bei dem alle verpflichtet würden, sich für eine bestimmte Zeit gemeinnützig



Markus Freitag (50) ist Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern und dort Inhaber des Lehrstuhls für politische Soziologie.

Bilder: Christian Schnur, zVg

zu engagieren, sei es im Militär, der Altenpflege oder dem Milizamt. Man könnte auch Ausländer für Lokalämter zulassen, wie das in einigen Kantonen der Westschweiz bereits der Fall ist.

Eine weitere Alternative wären Berufsbehörden.

Es gab schon die Prophezeiung, dass es bis 2040 nur noch Profibehörden gibt. Das ist durchaus möglich. Vor zehn Jahren waren nur rund sechs Prozent der Gemeinderäte zeitweilig angestellt, mittlerweile sind es über 30 Prozent. Im National- und Ständerat ist das Milizsystem mittlerweile eher ein Mythos als Realität. Und die Regierungsmäntel auf Kantons-ebene sind weitgehend durch Berufspolitiker besetzt.

Eben. Wäre eine Professionalisierung so schlimm?

Die von uns befragten Milizpolitiker bevorzugen

eher Jahrespauschalen als Teilzeitanstellungen. Ausserdem schränken Saläre den finanziellen Spielraum einer Gemeinde ein, denn abschaffen kann man sie dann kaum mehr. Möglicherweise ziehen solche Anreize auch Leute an, die das Amt dann primär deswegen machen. Festangestellten Lokalpolitikern drohen bei einer Abwahl zudem empfindliche Einkommensverluste. Dies könnte zu einer anderen Art des Politisierens führen: Statt Sachpolitik steht die Wiederwahl im Fokus. Und letztlich entrisst man der lokalen Demokratie auf diese Weise ein Stück weit ihre Laienseele.

Was wären aus Ihrer Sicht bessere Lösungen?

Man müsste langfristig mehr in die politische Bildung investieren, nicht zuletzt, um die heranwachsende Bevölkerung dafür zu sensibilisieren. Heute finden nur 35 Prozent der 15- bis 25-Jähri-

gen das Milizamt wichtig oder sehr wichtig. Vorbildlich ist der Kanton Aargau, der «Politische Bildung» als Pflichtfach in der Oberstufe eingeführt hat. Hilfreich wäre auch ein klar umrissenes Pflichtenheft für jedes Amt. Vor allem miliztätige Frauen wünschen sich Einführungskurse für Amtsneulinge, und die Jüngeren hätten gern ein Zertifizierungssystem für die ehrenamtliche Arbeit, das auf dem Arbeitsmarkt als Pluspunkt gilt.

Der Schweizerische Gemeindeverband hat 2019 zum «Jahr der Milizarbeit» erklärt. Was erhoffen Sie sich davon?

Eine gewisse Sensibilisierung für die Herausforderungen und die Probleme der Milizarbeit. Mir scheint auch, dass dies bereits etwas ausgelöst hat.

Buchtipps: Markus Freitag, Pirmin Bundi, Martina Flick Witzig: «Milizarbeit in der Schweiz», NZZ Libro, 2019; Fr. 29.60 bei exlibris.ch

Recyclingtest mithilfe der Bevölkerung

Die Stadt Bern erprobt seit einem Jahr ein neues Recyclingsystem – und nutzt dafür das **Feedback der Einwohner**. Eine wichtige Erkenntnis: Bürgerinnen und Bürger schätzen es, bei Themen, die sie betreffen, miteinbezogen zu werden.

Das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern kann auch zur Verbesserung staatlicher Dienstleistungen genutzt werden. In Bern geschieht dies seit September 2018, um ein neues Recyclingsystem für die Hauptstadt zu testen. Rund 2500 Haushalte probierten das «Farbsack-Trennsystem» aus, das es ermöglicht, Alu, Glas, PET-Flaschen, gemischten Kunststoff und Papier bereits zu Hause getrennt zu sammeln und direkt vor der Haustür in Containern zu entsorgen – statt wie bisher mit dem Sammelgut zu speziellen Entsorgungsstellen im Quartier zu marschieren oder es an bestimmten Tagen vor die Tür zu stellen.

Der Aufwand lohnt sich

Hintergrund ist nicht zuletzt eine teilweise Übernutzung der Quartiersammelstellen. «Diese sind nicht beliebig erweiterbar», sagt Christian Jordi (56), Leiter Entsorgung+Recycling Stadt Bern (ERB). Der Versuch wurde von Schweden inspiriert, wo ein ähnliches System bereits im Einsatz ist. Die Auswertung des Pilotprojekts ist noch nicht abgeschlossen. «Aber es gab bei den Teilnehmenden eine grosse Zustimmung», erklärt Jordi. Sein Ziel ist, das neue System in der ganzen Stadt einzuführen, vorausgesetzt, Politik und Volk stimmen zu – frühestens 2022.

Für ERB war es eine Premiere, die Bevölkerung in dieser Form einzubeziehen. Der Aufwand habe sich jedoch gelohnt, findet Christian Jordi. Es sei viel überzeugender, wenn fast alle Testhaushalte das neue System gutheissen und anpreisen, als wenn nur er selbst das tue.



Farbsack-Trennsystem im Praxistest: Julien Tanner (vorn) mit einem WG-Mitbewohner.

Einer dieser Haushalte ist Julien Tanners Männer-WG im Breitenrain-Quartier. «Wir machen mit, weil wir Recycling wichtig finden und sich bei uns das Entsorgungsmaterial oft übermässig angesammelt hat», sagt der 32-jährige Produktmanager. Die grösste Herausforderung bestand darin, ein System in der Wohnung zu entwickeln, um die bunten Säcke sinnvoll zu platzieren. «Eigentlich bräuhete

es noch ein Gestell oder eine Hängevorrichtung.» Auch organisatorisch liesse sich einiges vereinfachen. Allerdings würden sie das neue System nicht mehr missen wollen. «Ich hoffe, es wird für die ganze Stadt eingeführt.» Und dass sie vom ERB überhaupt nach ihrer Meinung gefragt wurden, schätzen sie sehr – «das könnten die Behörden auch in anderen Bereichen häufiger tun».

Die Bürgerbeteiligung wird generell positiv bewertet, hat das «staatslabor» analysiert, das den Test im Auftrag des ERB begleitete. «Menschen möchten bei Themen, die sie betreffen, miteinbezogen werden», sagt Dominik Mösching (35), stellvertretender Geschäftsleiter des gemeinnützigen Vereins, der Staat und Öffentlichkeit helfen will, gesellschaftliche Herausforderungen anzugehen. Unterstützt wird das «staatslabor» auch durch Engagement Migros, das Pionierprojekte fördert.

Vertrauen in die Bürger

«Der Einbezug von Nutzern durch Staat und Behörden ist eine Spielart des Milizsystems, die in der Schweiz noch eher vernachlässigt wird», sagt Mösching. «Voraussetzung ist, dass staatliche Organisationen bereit sind, ein wenig Macht abzugeben.» Beim Pilotprojekt in Bern beteiligte sich rund die Hälfte der angefragten Haushalte, was er als «relativ gut» einschätzt.

Besonders nützlich findet Mösching eine Bürgerbeteiligung bei Prozessen, die eine Verhaltensänderung verlangen – dies erhöhe die Chancen, dass diese Verhaltensänderung auch tatsächlich passiere.

«Die Grundlage für ein funktionierendes Milizsystem ist das Vertrauen, dass mithilfe von Bürgerinnen und Bürgern gute Lösungen entstehen können. Gleichzeitig fühlen sich diese für ein gutes Funktionieren des Staats stärker verantwortlich», sagt Mösching. «Beides spielt zusammen und trägt dazu bei, konstruktive Lösungen für Probleme zu finden.»

Infos: farbsack.ch, staatslabor.ch, engagement-migros.ch